

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schlicht  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 00 36/30  
Telex: 8 88 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Professor Hartmut Soell MdB  
zu den Perspektiven der bei-  
den deutschen Staaten: Auf  
dem Weg zum gemeinsamen  
Haus Europa. (Teil I)

Seite 1

Professor Dr. Uwe Holtz  
MdB zum Bonner Umgang  
mit dem Regime in dem  
mittelamerikanischen Staat:  
Die staatliche Entwicklungs-  
Zusammenarbeit mit El Sal-  
vador unterbrechen.

Seite 4

### Rezension

Dr. Karsten Schröder stellt  
das Buch „Aufstieg und  
Fall der großen Mächte“  
von Paul Kennedy vor.

Seite 5

44. Jahrgang / 232

4. Dezember 1989

Auf dem Weg zum gemeinsamen Haus Europa (Teil I)

Zu den Perspektiven der beiden deutschen Staaten

Von Professor Hartmut Soell MdB

„In Tagen vergehen Jahre“

1. Im September '89 sah es so aus, als würde der Bundestagswahl-  
kampf '90 von seiten der CDU/CSU unter den Parolen geführt wer-  
den können

- Freiheit statt Sozialismus
- Wir Christdemokraten sind die wahren und einzigen Patrioten.

Die großen Themen, die durch die Wahl entschieden werden sollen

- ökologischer und sozialer Umbau der Industriegesellschaft
- Überwindung der Spaltung Europas - Aufbau einer europäischen Friedensordnung
- das Verhältnis Nord-Süd
- die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit
- die Gleichstellung von Mann und Frau

sollten nach der Planung der CDU/CSU-Wahlkampfstrategen durch  
die ideologisch überhöhten Formeln „Freiheit“ und „Nation“ völlig  
überlagert und verdrängt werden.

2. Die friedliche Revolution in der DDR im Oktober und November  
'89 hat diese Strategie vorerst vereitelt.

Die SPD hat - nach einigen Irritationen Anfang September '89 -  
die neue Lage besser wahrgenommen als CDU/CSU und Grüne.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50  
mfl. zuzügl. MwSt und Versand.



Die SPD ist nicht die Partei, die Angst haben muß, sich den geschichtlichen Veränderungen in Osteuropa zu stellen (wie beispielsweise der rechte Flügel der CDU/CSU und Teile der Grünen, die vornehmlich Gespensterdiskussionen der 60er und 70er Jahre führen, zum Beispiel über die Oder-Neisse-Grenze oder darüber, welcher Sozialismus der absolut richtige sei oder ob das stalinistische System nicht doch eine legitime Form der Übergangsgesellschaft sei et cetera).

Wir müssen aufhören, in den Veränderungen in Osteuropa jeweils die Bestätigung für unsere eigenen politischen Wunschvorstellungen für den platonischen Idealstaat zu suchen. Ein Beispiel: Ludwig Melhorn, Mitglied der DDR-Gruppe „Demokratie Jetzt“, war entsetzt über den unzivilisierten Umgangston auf dem Perspektivkongreß der Grünen; er ist der Auffassung, daß viele der dort erörterten ideologischen Probleme im Vergleich zu den Nöten in der DDR der „reine Luxus“ seien.

Kurz gesagt: Es besteht die Gefahr, daß zur gleichen Zeit, wo im Osten vieles in Bewegung kommt, unser Parteiensystem erstarbt und der Tanz um das goldene Kalb sowie der Wohlstandschauvinismus einfach weitergehen.

3. Die Bundesregierung, besonders deren CDU/CSU-Teil, versucht durch das Höhererschrauben von Forderungen weiter ideologische Munition für den Bundestagswahlkampf zu sammeln und nimmt dabei bewußt die Chaotisierung der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR in Kauf.

Dieser Fundamentalismus kann schwerwiegende internationale Folgen haben, wenn wir zum Beispiel nur daran denken, daß eine nicht mehr lieferfähige DDR - die nach wie vor der wichtigste Investitionsgüterlieferant der UdSSR sowie anderer osteuropäischer Staaten ist - der „Tropfen“ sein könnte, der das „Faß“ zum Überlaufen, das heißt die aus Neostalinisten, Militärs, Nurtechnokraten et cetera bestehende Anti-Gorbatschow-Fronde von rechts an die Macht bringt.

Er hat, wenn er weitergetrieben werden sollte, auch Folgen in beiden Teilen Deutschlands

- in der Bundesrepublik werden den sogenannten „Republikanern“ die Propagandahasen in die Küche getrieben
- die Oppositionsgruppen in der DDR werden zur Distanzierung gegenüber solchen Erpressungsversuchen und damit unfreiwillig an die Seite der SED beziehungsweise der Blockparteien gezwungen
- die „schweigende Mehrheit“ in der DDR, die es vielleicht erst als Minderheit gibt, rückt nach rechts, steigert ihre Erwartungen (zum Beispiel auch was eine rasche „Wieder-beziehungsweise Neuverteilung“ angeht) auf illusionäre Höhen der Sofort-Erfüllung.

4. Obwohl durch die letzte Bemerkung sichtbar wird, wie zerbrechlich die internationale Situation ist (von den sehr gemischten Gefühlen der Westeuropäer, die ich wöchentlich in der Westeuropäischen Union und im Europarat zu spüren bekomme, gar nicht zu reden), plädiere ich für eine Politik der SPD, die auf der Basis einer Rahmenkonzeption, die hier nur kurz skizziert werden kann, größere Schritte vorsieht. Warum?

a.) Die SPD ist frei von nationalistischem Überschwang; ihr internationales Ansehen, insbesondere die Verdienste ihrer Kanzler und Vorsitzenden in den Fragen der Ost-West-Entspannung, der Vertragspolitik et cetera sind noch am ehesten in der Lage, einer solchen Politik sorgfältig kalkulierter Schritte die richtige internationale Akzeptanz zu sichern.

b.) Bis zur demokratischen Volksbewegung in der DDR seh es so aus, als würde sich eine neue Form deutsch-deutscher Gemeinsamkeit praktisch erst als Schlußstein einer sehr weit gediehenen gesamt-europäischen Zusammenarbeit durch die „normative Kraft des faktischen“ ergeben.

Inzwischen wo „in Tagen Jahre vergehen“ (wie uns - Gert Weisskirchen, Klaus Staack und mir - Thomas Krüger, einer der Sprecher der Sozialdemokratischen Partei der DDR, sehr plastisch die beschleunigte Zeit vergegenwärtigt hat) müssen wir Folgerungen aus der Tatsache ziehen, daß am „gemeinsamen europäischen Haus“ nicht mehr schrittweise - zuerst an den Sicherheitsfundamenten, dann an den Außentrakten, dann an der inneren Versorgung, Infrastruktur und Ordnung, dann am Mitteltrakt - gebaut werden kann, sondern daß es gleichzeitig mehrere Baustellen geben muß und daß die deutsch-deutschen Regelungen wie die internationalen Abmachungen über Deutschland als Ganzes

44. Jahrgang / 232 / 4. Dezember 1989

- Friedensvertrag (inklusive Berlin-Regelung)
- Konföderation (Deutsche Gemeinschaft)

früher fertig sind als zum Beispiel die zweite Phase der Wiener Verhandlungen über drastische Truppenreduzierungen auch für die NATO-Streitkräfte.

5. Dabei will ich keinen Zweifel daran lassen, daß wir auf diesem Feld unsere Forderungen (konventionelle Abrüstung beider Seiten auf mindestens die Hälfte der gegenwärtigen NATO-Präsenz) nicht nur aufrechterhalten, sondern erheblich verstärken müssen - bis hin zur völligen Räumung Mitteleuropas von allen ausländischen Streitkräften inklusive des Aufbaus einer gesamteuropäischen Abrüstungs- und Rüstungskontrollbehörde.

Daß die neue Nachrüstung im Kurzstreckenbereich - also der Einbau neuen Sprengstoffs und neuer Linten in das Fundament des gemeinsamen Hauses - inzwischen besonders absurden Charakter angenommen hat, brauche ich nicht im einzelnen zu erläutern.

6. Ebenso intensiv müssen wir auf den Ausbau der wirtschaftlichen, technologischen und kulturellen Hilfe und Zusammenarbeit zwischen beiden Teilen Europas drängen; es geht nicht an, daß die eine Hälfte im Palastflügel, die andere im Stumflügel wohnt. Es wäre auch innenpolitisch nicht auszuhalten, wenn sich das Wohlstandsgefälle zwischen Ost und West - wie gegenwärtig - noch weiter verstärken würde und dann die Wanderungsbewegung nicht nur Hunderttausende pro Jahr, sondern Millionen umfaßt.

Deshalb unsere Forderungen

- Europäische Entwicklungsbank
- Schrittweise Einführung der Währungskonvertibilität (zum Beispiel auch mit Hilfe einer mit westeuropäischen Devisen ausgestatteten Bank für internationalen Zahlungsausgleich nach Muster der Basler BIZ)
- Gemeinschaftsunternehmen
- Ausbildung von Fachkräften (Produktmarketing, neue Produktionsverfahren)
- Lieferung neuer Technologien (drastische Reduzierung der Cocom-Liste)
- Da wo nötig: direkte Konsumgüterlieferung (Grundverbrauchsgüter) für eine Übergangszeit.

7. Ebenso notwendig ist, daß wir uns darüber im klaren sind, daß der Vordereingang der Westtrakts des Hauses - die Europäische Gemeinschaft, die ab Januar '93 als gemeinsamer Binnenmarkt organisiert sein wird - nicht hermetisch abgeriegelt werden darf, das heißt mögliche künftige Mitgliedsländer aus dem Kreis der neutralen, dann der osteuropäischen Länder nicht auf den Hintereingang für Lieferanten, Dienstboten, Bittsteller et cetera verwiesen werden.

- Wir wollen eine möglichst zügige Aufnahme-prozedur
- Da, wo bei Beitrittskandidaten elementare Voraussetzungen noch fehlen, müssen großzügige Übergangsregelungen beziehungsweise besondere Assoziierungsformen für einige Jahre gefunden werden, die es im EG-Vertragswerk gibt (Im übrigen: Es gibt große Regionen in den Mitgliedsländern des Mittelmeerraumes und Portugals, deren wirtschaftliche, soziale und politische Verhältnisse erheblich größere Probleme aufwerfen als die in den mittel- und osteuropäischen Staaten. Während Teile der französischen politischen Klasse und dadurch auch der Brüsseler Kommission eine solche Öffnung eher ablehnen, weil sie dadurch eine Gewichtsverlagerung nach Osten und ein zumindest latente deutsche Hegemonie in der EG befürchten, befürworten Vertreter aus den „Scandilux“-Staaten die Öffnung, weil sie die nach der Süderweiterung verschobene innere Balance der EG dadurch wieder korrigiert sähen).

Hinzu sollte kommen

- Vollmitgliedschaft im Europarat mit all den dort enthaltenen Verpflichtungen (kulturelle, soziale, ökologische Konventionen, Menschenrechte, europäischer Rechtsraum)
- die Westeuropäische Union (WEU) mit ihren vertraglichen und institutionellen Möglichkeiten (inklusive Rüstungskontrollaufgaben) als denkbare Vorstufe einer künftigen gesamteuropäischen Sicherheitsorganisation umorientieren.

Soviel kurz zum Sicherheitsfundament, zur wirtschaftlichen Infrastruktur und zu den Außentrakten.

(-/4.12.1989/rs/ks)

**Die staatliche Entwicklungs-Zusammenarbeit mit El Salvador unterbrechen****Zum Bonner Umgang mit dem Regime in dem mittelamerikanischen Staat**

Von Professor Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Bedeutendes Thema der internationalen Politik sind die politischen Umwälzungen in Zentral- und Osteuropa. Da ist es gut, daß Bush und Gorbatschow am Wochenende in Malta auch über die regionalen Konflikte der Dritten Welt konferiert haben. In diesem Zusammenhang bekräftigte Gorbatschow, daß die Sowjetunion keine Waffen an die Rebellen in El Salvador schickt. Hoffentlich bringt diese von Gorbatschow gegebene und von Bush akzeptierte Zusicherung die USA dazu, ihre umfangreiche „Militärhilfe“ an das rechtsextreme Regime in Salvador endlich einzustellen. Waffen für dieses Land bedeuten keine Lösung, eher sind soziale Reformen und wirkliche Demokratie gefragt, dafür lohnt es sich, von außen großzügige Unterstützung zu geben.

Es ist ärgerlich und schlecht, daß sich die Koalitionsfraktionen am 1. Dezember 1989 im Deutschen Bundestag nicht dazu durchringen konnten, dem SPD-Antrag zur Einstellung der bilateralen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit mit El Salvador zuzustimmen. (Der Antrag wurde mit 227 zu 156 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.) Sie haben damit die Chance zu einem eindeutigen Signal an die Adresse der salvadorianischen Regierung im Sinne der Förderung des mittelamerikanischen Friedensprozesses vertan. Daran können auch vollmundige Erklärungen für Waffenruhe und Friedensverhandlungen nichts ändern.

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte haben die beiden Kirchen in der Bundesrepublik und ihre Hilfswerke für die Einstellung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit gegenüber einem Entwicklungsland plädiert. Sie forderten die Bundesregierung auf, „für die Dauer der Kampfhandlungen und der ungelösten Menschenrechtssituation die laufende wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Regierung von El Salvador einzustellen, um so die Forderung nach Einstellung der Kampfhandlungen, dem Schutz der Zivilbevölkerung, der Einhaltung der Konventionen humanitären Völkerrechts und der Einstellung der Menschenrechtsverletzungen nachdrücklich zu unterstützen“.

Am 25. Oktober 1989 war der jetzt ermordete Jesuitenpater Ignacio Ellacuria Gast des Deutschen Bundestages. Vor dem Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit beklagte er die steigenden Menschenrechtsverletzungen sowie die Straffreiheit von Mördern und Todesschwadronen, deren Beziehungen in das Militär und sogar in die Regierung hineinreichen. Er predigte Frieden und erbat den politischen Druck der Bundesrepublik, sowohl auf die salvadorianische Regierung als auch auf die Guerilla-Organisation FMLN einzuwirken, von der Gewalt zu lassen und ihre Verhandlungen fortzusetzen.

Mit dem politischen Willen, dem Vermächtnis von Pater Ellacuria, einem Mann des Ausgleichs, der sich für Versöhnung und soziale Reformen einsetzte, können wir Sozialdemokraten uns voll identifizieren. Er hat es zusammen mit den anderen Ermordeten verdient, daß die Mörder zur Rechenschaft gezogen werden.

In El Salvador findet ein grausamer Bürgerkrieg statt. Tausende von Toten und Verletzten sowie massive Menschenrechtsverletzungen sind zu beklagen, wofür auch die amtierende rechtsextreme Regierung Verantwortung trägt. Gegen die jüngste Guerilla-Offensive schlägt sie im Stil einer Militärdiktatur zu: mit massenweisen Verhaftungen, mit Morden, mit Luftwaffen-Bombardements, die vor allem die Zivilbevölkerung treffen.

Die entscheidenden Voraussetzungen für eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen der Regierung in Bonn und jener in San Salvador sind nicht mehr gegeben. Die Bundesregierung muß alles unterlassen, was als direkte oder indirekte Unterstützung der rechtsextremen Regierung in El Salvador verstanden werden kann. Deshalb fordern wir sie weiterhin auf, die bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit, das heißt, die von Regierung zu Regierung gegebene Entwicklungshilfe bis auf weiteres einzustellen. Im Antrag der Grünen wurde für den totalen Stop jeglicher Entwicklungshilfe für El Salvador plädiert, was wir für falsch halten.

Die von uns gewollte Unterbrechung der bilateralen staatlichen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit bedeutet nicht, daß wir der notleidenden salvadorianischen Bevölkerung die ausgestreckte Hand freundschaftlicher Hilfe verweigern. Gerade über die Nicht-Regierungsorganisationen wie zum Beispiel die Kirchen, soll der Bevölkerung in Not weiter und verstärkt geholfen werden.

\* \* \*

REZENSION

Noch eine unendliche Geschichte: Der Auf- und Abstieg der Weltmächte

Paul Kennedy: Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000; S. Fischer Verlag Frankfurt 1988, 973 Seiten, DM 58,00.

Ein derart ziegelsteindickes Buch mit rund 800 Seiten Text und dazu noch einem markanten Titel weckt ohne Zweifel recht hohe Erwartungen. Zwar ist das historische Interesse an Aufstieg und Niedergang großer Mächte fast so alt wie das zu analysierende Phänomen selber, doch erschöpfen sich die in den Bibliotheksregalen Staub ansetzenden Untersuchungen mehr oder weniger in monokausalen, allgemein gehaltenen Erklärungsversuchen und viele kommen in ihrer zeitverhafteten Politprosa über analoge Verweise auf menschliches Wachsen und Vergehen selten hinaus. Da ist man also gespannt, was nun ein zeitgenössischer britischer Historiker an neuen Einsichten und Erkenntnissen zu diesem Thema anbietet, der mit flotter Feder die letzten fünfhundert Jahre Revue passieren läßt.

In der Einführung liefert der Autor einen richtungweisenden Hinweis auf den Argumentationsverlauf: „Die relative Fähigkeit der führenden Nationen, die Weltpolitik zu bestimmen, bleibt nie konstant, hauptsächlich weil die ungleichmäßigen Wachstumsraten verschiedener Gesellschaften und technologische und organisatorische Neuerungen einer Gesellschaft größere Vorteile bringen als einer anderen.“ Es geht, wie es der Untertitel bereits andeutet, um die Dynamik von ökonomisch-technologischem Wandel und militärischer Konkurrenz, der zunächst alle bedeutenden europäischen und später auch außereuropäische Mächte (USA, China, Japan) unterliegen. Was der Historiker damit meint, illustriert er anfangs am Beispiel der Habsburger, die sich trotz ihrer „großen Ressourcen im Zuge wiederholter Konflikte stetig überdehnten und im Verhältnis zu ihrer schwächer werdenden wirtschaftlichen Basis militärisch kopflastig wurden“. Auch wenn sich Geschichte bekanntlich nicht wiederholt, so bemüht sich Paul Kennedy, aus der Geschichte einen sich gleichbleibenden Rhythmus herauszufiltern. Mit den Begriffen Aufstieg, Überdehnung, Erschöpfung und Abstieg bietet er ein Erklärungsraster an, mit dem der Nachweis seiner Thesen mühelos gelingt. Mit der Einsicht, daß Wirtschaftswachstum auch immer langfristige Auswirkungen auf den militärischen Sektor und damit auf die strategische Position der Mitglieder des internationalen Staatensystems hat, rennt er eingeständenermaßen bei Politikern und Historikerkollegen offene Türen ein: „Es war einem Renaissance-Fürsten genauso klar wie heute dem Pentagon, daß militärische Macht auf ausreichendem Wohlstand beruht, der wiederum von einer florierenden Produktionsbasis, von gesunden Finanzen und von überlegener Technologie herrührt.“

In seinem detailgesättigten Überblick über die historische Entwicklung der Mächte vom 15. bis zum 20. Jahrhundert mit einem durchweg anschaulich und lesbar choreographierten Reigen der Ursachen und Wirkungen von ökonomischer und militärischer Macht, vermag sein Interpretationsmodell zu überzeugen. Die unter diesem speziellen Gesichtspunkt analysierten Mächte und historischen Abläufe erlauben als Fazit dem Autor im letzten Abschnitt die plausible Annahme, „daß sich die allgemeinen Entwicklungen der letzten fünf Jahrhunderte wahrscheinlich fortsetzen werden“. Zu den anhaltenden oder sich sogar verstärkenden Trends, die Anlaß zur Sorge geben, zählt er die „eskalierenden Kosten des Wettübens, das durch den enormen Preis der neuen Waffensysteme und durch die internationalen Rivalitäten angeheizt wird“. Der Diagnose von einer zunehmenden „Militarisierung der Weltwirtschaft“ kann man anhand des eindrucksvoll ausgebreiteten Zahlenmaterials kaum widersprechen.

Schlüssig auch seine Folgerungen für die gegenwärtige und zukünftige Entwicklung: war es in früheren Jahrhunderten einfacher, Prioritäten für die Staatsausgaben festzulegen, so sehen sich am Ende des 20. Jahrhunderts die politischen Entscheidungsträger vor eine kompliziertere Problemlage gestellt: „Die Leistung, die von den meisten, wenn nicht allen, Regierungen verlangt wird, da sich die Welt dem 21. Jahrhundert nähert, ist daher eine dreifache: sie müssen gleichzeitig für militärische Sicherheit (oder irgendeine überzeugende alternative Sicherung) der nationalen Interessen sorgen und die sozioökonomischen Bedürfnisse der Bürger befriedigen und ein anhaltendes Wachstum gewährleisten - das letzte sowohl für den positiven Zweck, Kanonen und Butter zu liefern, als auch für den negativen Zweck, einen relativen wirtschaftlichen Abstieg zu vermeiden, der die zukünftige militärische und wirtschaftliche Sicherheit des Volkes gefährden könnte.“

Wird eine dieser Leistungen vernachlässigt, folgt auf längere Sicht der relative Abstieg. Den Rest seines Buches widmet der Autor daher der eher spekulativen Frage, wie gut oder wie schlecht die führenden Nationen dafür gerüstet sind, diese Aufgaben zu erfüllen. Hier stellt er den beiden Supermächten kein gutes Zeugnis aus. Nach Auflistung der gegenwärtigen ökonomischen Schwierigkeiten, mit denen die UdSSR zu kämpfen haben, schätzt der Autor deren Aussichten auf Erhalt als Weltmacht gering ein: „Ohne ihre massive militärische Stärke zählt sie nicht viel in der Welt, durch ihre massive militärische Stärke verunsichert sie die anderen und schadet ihren wirtschaftlichen Aussichten. Es ist ein grimmiges Dilemma.“ Aber er warnt vor Schadenfreude: „Jene, die sich an den heutigen Schwierigkeiten der Sowjetunion erfreuen und die dem Zusammenbruch des Reiches erwartungsvoll entgegensehen, sollten sich daran erinnern, daß solche Veränderungen normalerweise einen sehr hohen Preis haben und nicht immer in vorhersehbarer Weise vonstatten gehen.“

Zugleich besteht begründeter Anlaß zu Skepsis über den Status der USA als Supermacht, die sich in einer Phase der Überdehnung und des einsetzenden Abstiegs befindet. „Denn für ‚Nummer-eins-Länder ist es immer ein geläufiges Dilemma gewesen, daß äußere Herausforderungen sie dazu zwingen, mehr an Ressourcen auf den Militärsektor zu konzentrieren, während zugleich ihre relative ökonomische Kraft nachließ.“ Für den Historiker Kennedy ist es auch keine Frage mehr, daß die USA ihre gegenwärtige Führungsposition nicht mehr halten können, „denn es ist einfach niemals einer Gesellschaft gegeben gewesen, daß sie ihren Vorsprung vor allen anderen permanent hielt“. Auch wenn es sich nur um einen relativen, keinen absoluten Niedergang handelt, bleibt eine andere Gefahr: „Die einzig ernsthafte Bedrohung der wirklichen Interessen der Vereinigten Staaten kann aus dem Versagen entstehen, sich vernünftig der neueren Weltordnung anzupassen.“

Aus den ökonomischen Indikatoren leitet der Autor für Japan einen sicheren Aufstieg als Weltmacht ab, und unter gewissen Umständen sieht er diese Möglichkeit auch für China gegeben, aber die europäische Staatengemeinschaft „bleibt ein Rätsel“: „Wenn die Europäische Gemeinschaft wirklich zusammenarbeitet, kann sie ihre Position in der Welt verbessern, sowohl militärisch als auch ökonomisch. Wenn nicht - was bei der Natur des Menschen das wahrscheinlichere Ergebnis ist - scheint ihr die Fortsetzung ihres relativen Abstiegs bestimmt zu sein.“ Mit diesen in etlichen Punkten anfechtbaren Prognosen wagt sich der vergleichende Historiker vielleicht auf ein abenteuerliches Feld vor, gleichwohl präsentiert er stimulierende Fragen und kritische Anstöße, die nicht nur Wirtschaftshistorikern, sondern auch unseren Politikern eine Auseinandersetzung mit diesem Thema lohnend macht. Behaupten nicht die Politiker immer wieder, aus der Geschichte lernen zu wollen? Mit Paul Kennedys voluminösem Buch hätten sie reichhaltiges Anschauungsmaterial, und zugleich ein Mittel gegen selektive Vergeßlichkeit.

Dr. Karsten Schröder

(-/4.12.1989/rs/ks)

\* \* \*